

Konjunkturschlaglicht: Keine akute Inflationsgefahr

Die Teuerungsrate für den privaten Verbrauch hat sich im Laufe dieses Jahres in Deutschland zwar merklich erhöht und zuletzt mit 2% im Vorjahresvergleich die „Stabilitätsschwelle“ knapp überschritten. Gleichwohl spiegeln sich darin nicht unmittelbare Inflationsgefahren wider; der Anstieg der Teuerungsrate ist vielmehr administrativ und durch haussierende Ölpreise bedingt. Die grundlegende Preisentwicklung ist nach wie vor recht verhalten.

Anfang dieses Jahres hatte es merkbliche administrative Preiserhöhungen gegeben; so wurden im Januar die Praxisgebühr eingeführt sowie die Zuzahlungen im Gesundheitswesen ausgeweitet, was einen preissteigernden Effekt von rund einem halben Prozentpunkt hatte, und im März trat die erste Erhöhungsstufe bei der Zigarettensteuer in Kraft, was einen Preiseffekt von 0,2 Prozentpunkten hatte. In der Folge schlug dann mehr und mehr auch die außerordentliche Ölverteuerung durch, zumal diese nicht mehr in dem Maße wie noch im vergangenen Jahr durch eine Aufwertung des Euro abgefedert wurde. Von Jahresbeginn bis Oktober verteuerte sich Öl um mehr als die Hälfte und ließ die Preise für Heizöl und Kraftstoffe um 17% ansteigen; der Verbraucherpreisindex erhöhte sich allein dadurch um mehr als einen halben Prozentpunkt. Mit der üblichen zeitlichen Verzögerung werden nun auch die Gaspreise an die Ölverteuerung angepaßt, was sich im Oktober deutlicher bemerkbar machte.

Bereinigt man den Preisanstieg um die administrativen und Ölpreis bedingten Teuerungseinflüsse, beträgt die Kernrate in Deutschland derzeit lediglich knapp 1%. Diese in der Grundtendenz moderate Preisentwicklung ist einmal Ergebnis einer spürbaren Kaufzurückhaltung der Konsumenten bei recht scharfem Wettbewerb insbesondere im Einzelhandel, zum anderen Folge der Bemühungen der Unternehmen um Reduzierung der Arbeitskosten.

Von Seiten der Löhne dürften aufgrund des verschärften Standortwettbewerbs und der angespannten Arbeitsmarktsituation auch in nächster Zeit keine Inflationsimpulse kommen; damit sind Zweitrundeneffekte, wie sie während der beiden Ölkrisen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die Inflation anheizten, nicht wahrscheinlich. Wenig Entspannung ist allerdings vorläufig von Seiten der Energiepreise zu erwarten. Selbst wenn – wie sich zuletzt abzeichnete – die Preise auf den Ölmärkten wieder nachgeben, werden diese vermutlich auf einem merklich höheren Niveau als in der Vergangenheit verharren, mit der Konsequenz, daß aufgrund der bislang eingetretenen Ölverteuerung weitere Anpassungen der Gas- und Strompreise erfolgen, was bereits von einigen Energieversorgern für kommenden Januar angekündigt wurde. Überdies werden die erhöhten Energiekosten mehr und mehr auch in anderen Bereichen, wie im Verkehrssektor, zumindest teilweise weitergewälzt.

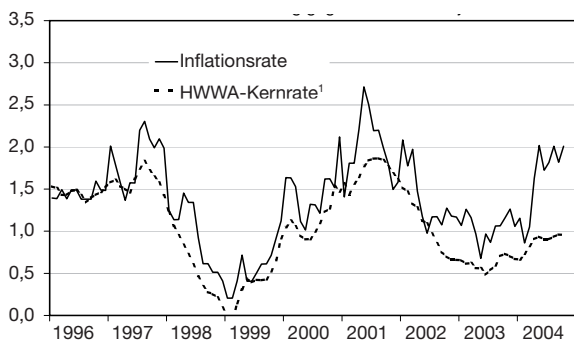
Aber auch bei anderen wichtigen Rohstoffen gab es haussierende Preise, die zu spürbaren Kostensteigerungen, wie etwa im stahlverarbeitenden Gewerbe, führten. Ende dieses Jahres sowie im September 2005 stehen zudem weitere Erhöhungsstufen bei der Tabaksteuer an. Sicherlich kamen zuletzt von außenwirtschaftlicher Seite durch die leichte Aufwertung des Euro wieder stabilisierende Einflüsse, die weitere Entwicklung ist hier aber sehr unsicher.

Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs dürfte sich – wenn der Ölpreis nicht erneut steigt – nicht weiter erhöhen und schon bald wieder unter die 2-Prozent-Marke sinken, sie wird unter den genannten Bedingungen aber auch im kommenden Jahr nur langsam zurückgehen. Alles in allem wird die jahresdurchschnittliche Inflationsrate 2005, wie in diesem Jahr, gut 1 ½% betragen.

Jörg Hinze, Tel. 040/42834-457

hinze@hwwa.de

**Indikatoren zur Entwicklung
der Verbraucherpreise in Deutschland**
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr)



¹ HWWA-Kernrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe und ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren) sowie ohne administrativ bedingte Preiseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt, HWWA.